Potsdams andere Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Dezember 2013 Nr. 12 · 9. Jahrgang

LINKS wirkt – auch am Schilfhof

Neue REWE-Kaufhalle Am Schlaatz übergeben/Neues Leben für den Stadtplatz



„Ausdauer hat sich gelohnt - die Bauarbeiten für die neue REWE-Kaufhalle Am Schlaatz haben begonnen", so konnten wir es in der „PaS" im Mai 2013 vermelden. Wir erinnern: Seit 2002 hatte sich DIE LINKE mit sehr viel Nachdruck für eine attraktive Kaufhalle am Schlaatz eingesetzt. Zunächst ging es um die Sanierung der Halle, dann um die langfristige Sicherung ihres Standortes und damit der Nahversorgung des Stadtteils. Die Zustimmung zum Neubau einer neuen REWE-Kaufhalle am Horstweg hatte die Fraktion mit der Maßgabe verbunden, im Zentrum des Wohngebiets eine akzeptable Einkaufsmöglichkeit zu erhalten bzw. zu schaffen.

Es war ein langer Weg mit vielem Hin und Her, bis feststand: Es wird eine neue REWE-Kaufhalle am Schilfhof geben. DIE LINKE hat mit sehr viel Ausdauer, Konsequenz, -zig Anträgen und Anfragen und durch viele persönliche Gespräche ganz sicher dazu beigetragen.

REWE ließ am alten Standort einen neuen Markt mit 1.850 m2 Nutz- und 1.350 m2 Verkaufsfläche bauen. Äußerlich gleicht sie der Einrichtung am Horstweg.

Die Entscheidung, am Schlaatz einen dritten REWE-Markt zu eröffnen, hat das Unternehmen nach gründlicher Prüfung getroffen. Das sei auch den treuen REWE-Kunden zu verdanken und der vorhandenen Kaufkraft der Einwohner des Stadtteils. Es gibt zunächst einen Mietvertrag über 15 Jahre mit der Option auf Verlängerung auf 30 Jahre. Die neue Kaufhalle am Schilfhof wird auch dem Stadtplatz wieder zu neuem Leben verhelfen und ganz sicher von den Schlaatzern gut genutzt werden Ein zukunftsträchtiger Standort also. UND ein weiteres Beispiel dafür: LINKS wirkt!

-sim

(Siehe auch Seite 7)

Auf ein Wort: Sascha Krämer – für den Landtagswahlkreis 19 nominiert

Mehr ROT für den Wahlkreis 19

Natürlich weiß ich, wo dieser Wahlkreis politisch verortet werden muss: die Farbe schwarz ist die dominante. Doch ich denke, hier in diesen Wahlkreis sollte mehr Farbe rein. Ein wenig mehr Rot würde ihm sicherlich gut tun!

Es sind zwei Herausforderungen, denen ich mich im Wahlkampf stellen möchte. Es geht erstens um die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Hier können wir die kommunale und Landesebene produktiv zusammenführen, um Politik für diese Region zu machen.

Daneben gibt es zweitens die generelle politische Herausforderung durch unsere politischen Gegner, hier konkret die „Kalte Kriegerin" Dr. Saskia Ludwig. Diese Dame



hat mit ihren maßlosen und oft auch beleidigenden Äußerungen zur jüngsten Geschichte Schlagzeilen gemacht. Mit ihren Angriffen auf die rot-rote Landesregierung verließ sie – auch zum Ärger vieler CDU-Mitglieder – den demokratischen Konsens. Die CDU unter Frau Ludwig gab weder politische Impulse, noch war konstruktive Kritik an der Landesregierung zu hören. Welche Ideen hat die CDU für die Zukunft dieses Landes – für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft? Die CDU unter Frau Ludwig machte sich politisch überflüssig.

Ich bin zuversichtlich, dass der neue Schwung in der Landtagsfraktion, den man seit einiger Zeit dort spürt, anhält, und stärker linke Akzente in dieser Regierung setzt. Denn gerade in jüngster Zeit gilt: rot-rot wirkt – Dank uns.

Konkret heißt das:

Wir haben die Wirtschaftsförderung umgestellt, Leiharbeiterquoten und Tarifbindung durchgesetzt.

(Fortsetzung auf SEITE 2)

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT:

3 Aus einem Brief des neuen Landes- und Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE.Brandenburg, Christian Görke/Informationen zum Wahljahr 2014

WALDSTADT/ SCHLAATZ:

6-8 Kinder freuen sich über Nestschaukel im Asylbewerberheim/Verstetigungskonzept Schlaatz/Buchempfehlungen „Eigenheimsiedlung" und „Die Kommission"/Obst für die Tafel in der Drewitzer Straße/Problem Kaufhalle „Bisamkiez"



AUS DEN ORTSVERBÄNDEN:

10 Ortsverbände Mitte und Süd mit Blickrichtung Wahljahr 2014/Antrag „Kandidatenfragen"

DENKmal LINKS:

11 Gedenken an den 9. November 1938/Zur Diskussion Garnisonkirche

SERVICE:

12 Weihnachten in Potsdam/Tipps & Termine/Rätsel

Informationen der Redaktion

Die Januarausgabe der „PaS“ erscheint am Dienstag, 07. Januar 2014. Redaktionssitzung ist am Dienstag, 03. Dezember 2013, ab 16.30 Uhr in der Geschäftsstelle Dortustraße. Redaktionsschluss für die Januarausgabe ist am Freitag, 13.12.2013. Schwerpunkt für Januar ist Potsdam-Mitte.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Kommentiert

Hartz IV wirkt: Jeder dritte Leistungsempfänger ist psychisch fertig

Wer von HARTZ IV leben muss, leidet besonders häufig unter psychischen Erkrankungen: Bei mehr als einem Drittel der Bezieher wurde innerhalb eines Jahres mindestens eine psychiatrische Diagnose gestellt. Einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie der Universität Halle-Wittenberg zufolge ist der Anteil der Betroffenen in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Das berichtete der „SPIEGEL“ Ende Oktober.

Die Agenda 2010 feiert also immer neue Rekorde: Nicht nur die Anzahl an Hungerlöhnern und eine steil steigende Zahl von Armutsrentner kann bejubelt werden. Nein, dank Sanktionsapparat und dem Hin- und Herknüppeln der Erwerbslosen von einem Sklavenjob zum Nächsten konnte man bewirken, dass inzwischen schon jeder Dritte als psychisch erkrankt gilt. Und nicht wenige entscheiden sich aufgrund ihrer Ausweglosigkeit ja auch für den Selbstmord. Ergo: HARTZ IV ist systematische Arbeit, ist politisch gewollte Menschenverachtung. Und immerhin jeden dritten Erwerbslosen haben CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNE mit ihrer gefeierten HARTZ-Politik nun schon fertig gemacht.



Das für HARTZ IV zuständige Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit (BA), Heinrich Alt, betonte laut „SPIEGEL“ die Wechselwirkung zwischen Arbeitslosigkeit und psychischen Problemen - diese könnten sowohl Ursache als auch Folge sein: „Heute haben wir eher psychische Belastungssituationen in der Arbeitswelt. Und ebenso kann natürlich auch Arbeitslosigkeit Depressionen und andere psychische Erkrankungen auslösen oder verstärken.“ Zudem forderte Alt Unternehmen auf, psychisch kranken Menschen eine Chance zu gegen, denn „viele von ihnen sind hochproduktiv, hoch intelligent“. Eine zufriedenstellende Arbeit sei oftmals die beste Therapie.

Und unsere „Regierenden“? Wie man bei den aktuellen Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD mitbekommt, will man an den HARTZ-Gesetzen in den kommenden vier Regierungsjahren nichts verändern. Wir werden uns also auf weiter steigende Zahlen freuen dürfen, die von unseren Politikern dann auch ausgiebig gefeiert werden.

Wie sagt „Mutti“ Merkel doch immer? „Deutschland geht es gut.“ Und wer, außer die „Kommunisten“ von der Linkspartei, zweifelt daran? *-bm*

Zurück zum Kienspan?

Eine Horrormeldung flatterte unlängst mit der Presse ins Haus. Eine große Schröpfung steht an! Jetzt, da die CDU/CSU ihre Wahlziele (fast) erreicht haben, kommen Wahrheiten ans Tageslicht: Nicht das Wohl der Wähler liegt am Herzen, sondern das der Lobbyisten – in diesem Fall der Energiebranche. Egal, wie hoch das Einkommen ist, ab 2014 werden die Energiekunden der Stadt Potsdam kräftig zur Kasse gebeten – egal, ob ihr Budget das verkraften kann oder nicht. Je nach Haushaltsgröße steigen die Stromkosten im Jahr zwischen etwa 22,84 Euro bis 52,22 Euro. Aber das ist nur eine Position, die man mit etwas gutem Willen noch zähneknirschend hinnehmen könnte – allerdings bleibt dann von der Rentenerhöhung nichts oder nur wenig übrig, denn das sind nicht die einzigen Leistungen, die erhöht werden. Strom – wo wird er nicht überall eingesetzt: Straßenbahn, Straßen- und Hausflurbeleuchtung, Friseur, die Kühltruhen im Handel, die Handwerkerpreise, die Büros des Oberbürgermeisters und des Verwaltungsapparates sowie der Abgeordneten. Das sind nur einige willkürlich zusammengetragene Beispiele.

Allerdings dachte ich, mich tritt ein Pferd, als ich bei dem Posten Fernwärme angelangt war. Künftig werden 60,33 Euro im Monat mehr fällig, wenn ich im Jahr 15 Megawattstunden verbrauche. Wie hoch ist mein Verbrauch? Ein Blick in die Betriebskostenabrechnung der Gewoba des vergangenen Jahres machte mich nicht schlauer. Dort ist bei der Umrechnung auf meine Wohnungseinheit immer nur von Verbrauchseinheiten die Rede. Als technisch unbedarfter Mieter gibt mir das keinen Aufschluss.

Sie ist schon zu einer Floskel verkommen die Forderung: Hier ist die Politik gefragt! Der Streit um die steigenden Energiekosten hat bereits einen Bart, CDU-Minister Altmeier stellt Überlegungen an und macht vage Versprechen, CDU-Minister Schäuble sieht keinen Weg, um die Energiesteuern zu senken. Und CDU-Bundeskanzlerin ist sowieso meist unterwegs, so dass sie diese Kostenerhöhung in ihrem Privathaushalt kaum stören wird. Wie sieht das der künftige Koalitionspartner, die SPD? Wird sie sich für die Wähler einsetzen? Muss ich nun für Strom und Fernwärme ab 2014 mit Mehrkosten von rund 1000 Euro rechnen? Da gibt es fast eine Alternative: Zurück zum Kienspan! *Helga Bornstädt*

(Fortsetzung von Seite 1)

Mehr ROT …

In der Justiz haben wir die Resozialisierung in den Mittelpunkt gerückt.

Wir haben mit der Energiestrategie 2030 auf den Vorrang Erneuerbarer Energien gesetzt, erst unter rot-rot wurde das Wassergeld für Vattenfall endlich eingeführt.

Wir haben die Amtsgerichte sowie alle Krankenhausstandorte erhalten und mit einer engeren Verzahnung von ambulanter und stationärer Behandlung den richtigen Weg in der Gesundheitspolitik.

Wenn Die LINKE regiert, auch wenn es (nur) ein Mitregieren ist, muss es zu einem Politikwechsel kommen:

Das Land muss sozialer, gerechter und solidarischer werden. Das ist unser Anspruch. Wenn wir hierfür streiten, werden wir beweisen, dass wir bei den nächsten Wahlen stärker werden. Aber dafür gibt es noch Einiges zu tun. Wir wollen eine Politik, die gleichwertige Lebensverhältnisse und Teilhabe in allen Regionen garantiert; sei es in der Bildung, im Gesundheitswesen, bei der Mobilität oder einfach nur beim Internetzugang. Packen wir es gemeinsam an.



„Wir sind die Partei des Alltags“

Christian Görke, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.Brandenburg, kandidiert für den Landesvorsitz (gek.)

Ja, es ist ungewöhnlich in unserer Landespartei, dass Landes-, Fraktionsvorsitz und Spitzenkandidatur in einer Hand vereint werden. Das ist eine gewaltige Herausforderung und ich weiß, dass gerade für uns LINKE die Verteilung von Arbeit auf möglichst viele Schultern wichtig ist. Ich bin überzeugt davon, dass wir in einem so wichtigen Wahljahr, wie in dem vor uns liegenden, alle Chancen nutzen müssen, unsere Positionen und unsere politischen Angebote in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Bürgerinnen und Bürger unterscheiden nicht zwischen Landesvorsitzendem, Fraktionsvorsitzendem und Spitzenkandidaten. Sie wollen wissen, wofür eine Partei steht und was man von ihr erwarten kann. Wir wissen aus den Erfahrungen der letzten Jahre, dass Programmatik der Partei, dass unsere Forderungen und Positionen am besten durch Personen transportiert werden können. Es ist eine Chance, dies in einer Person zu bündeln, auch um die notwendige Bekanntheit zu erreichen.

Partei und Fraktion haben unterschiedliche Funktionen zu erfüllen, doch sind diese wirklich immer gegensätzlich? Während der Landesverband Richtung und Schrittmaß vorgibt, muss eine Fraktion Tagespolitik machen und in aktuellen Fragen klares Profil zeigen. Liegen Landes- und Fraktionsvorsitz in einer Hand, besteht auch die Möglichkeit, zu zeigen, dass das Eine nicht vom Anderen abzukoppeln ist. In einer Verhandlung hat man zudem ein größeres Gewicht, wenn man im Namen von mehreren Tausend Mitgliedern spricht als „nur“ im Namen der eigenen Fraktion.

Die Wirkung unserer Partei hängt nicht allein von ihrem Vorsitzenden ab, sondern davon, wie jede und jeder Einzelne sich einbringen will und einbringt. Demokratie lebt vom Widerspruch. Ich will eine Partei, in der jede Genossin und jeder Genosse sich mit seinen Ideen und Vorschlägen einbringen kann und einbringt. Ich stehe für Diskussion, Meinungsstreit und ehrliche Auseinandersetzungen. Wir brauchen viele Ideen, Meinungen und Erfahrungen, und wir brauchen Jung und Alt, um als LINKE erfolgreich zu sein.

Im Mai bei der Kommunalwahl müssen wir zeigen, dass unsere Stärke nach wie vor unsere Verankerung vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist. Wir sind die Partei, die ihr Ohr stets an den Sorgen und Nöten der Menschen hat. Wir wollen, dass gesellschaftliche Akteure im Dialog mit der Politik die Probleme vor Ort selbst in Angriff nehmen. Wir, als LINKE, sind AnsprechpartnerInnen, wir hören zu, wir helfen und wir kümmern uns. Wir sind die Partei des Alltags und genau das ist unsere Stärke.

Wir werden als LINKE gebraucht, damit unser Land sozialer, gerechter und solidarischer wird. Wir haben in den vergangenen Jahren den Grundstein dafür gelegt - als Partei, als Fraktion und seit vier Jahren in Regierungsverantwortung. Wir reden nicht nur über soziale Gerechtigkeit, wir arbeiten jeden Tag daran.

Eines unser Schlüsselprojekte für die kommenden Jahre ist die Gemeinschaftsschule, weil wir gute Bildung für alle Kinder von Anfang an, Chancengerechtigkeit und kurze Wege zu Schulen in allen Regionen des Landes wollen. Dafür braucht es noch mehr Geld für Bildung, kleinere Klassen, neue Lehrer und ein neues pädagogisches Verständnis. Im Ergebnis führt - schon allein aufgrund der demographischen Entwicklung - kein Weg daran vorbei.

Hinzu kommen die Herausforderungen auf dem Gebiet der gesundheitlichen Versorgung in allen Landesteilen. Es wird auf Dauer nicht fruchten, wenn wir sagen, dass wir dafür nicht zuständig sind. Das ist den Leuten egal. Sie wollen von einem Arzt behandelt werden und nicht erst dann, wenn die Krankheit ein kritisches Stadium erreicht hat.

Und ein Drittes müssen wir in den Mittelpunkt stellen: unser Engagement für starke Kommunen. Kommunen als Wohn- und Lebensort, Kommunen mit Leben und Kultur, Kommunen, deren Verwaltungen Dienstleister für die Menschen sind. Dafür gibt es viele gute Vorschläge, deren Umsetzung für uns eine große Herausforderung wird.

Über Eure Vorschläge und Ideen an christian.goerke@dielinke-fraktion.brandenburg.de freue ich mich.

Spendenaufruf

Im nächsten Jahr stehen wir nicht nur vor dem normalen tagespolitischen, sondern auch vor strategischen Herausforderungen, wenn man Wahlen so nennen darf. Nach der diesjährigen Bundestagswahl folgen die Kommunal- und Europawahlen am 25. Mai 2014 und die Landtagswahlen im September 2014, denen sich unsere Partei insgesamt und somit auch wir Potsdamer LINKEN stellen müssen und auch werden. LINKS wirkt! Dies begegnet uns in der realen Politik. Preiswerter Wohnraum, Jugendkultur und Klimaschutz sind nun auch bei den anderen Parteien keine Fremdwörter mehr. Sie sind gesellschaftlicher Alltag.

Neben dem hohen persönlichen Einsatz, den wir von unseren Mitgliedern abverlangen, benötigen wir finanzielle Mittel über den normalen Parteihaushalt hinaus. Deshalb bitten wir alle Mitglieder und Sympathisanten unsere Partei zu unterstützen, sowie über die eigene Spende hinaus auch das Gespräch mit Freunden zur finanziellen Unterstützung unserer Partei zu suchen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung. Spendenlisten liegen in der Kreisgeschäftsstelle aus. Überweisungen bitte auf das Konto: DIE LINKE Potsdam, Kto.: 1000943786, BLZ: 16050000, MBS Potsdam.

Sascha Krämer, Kreisvorsitzender

Was ist zu tun?

DIE LINKE bei den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen/Ausblick auf Wahlmarathon 2014

Am 25. Mai 2014 finden in Brandenburg zeitgleich Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den Kommunalvertretungen statt. Die Ergebnisse, die wir bei den Kommunal- und Europawahlen erzielen, werden unsere Verankerung vor Ort, die Stärke unserer inhaltlichen Konzepte und die Akzeptanz der LINKEN in Brandenburg und ihrer politischen Arbeit spiegeln. Sie sind gleichzeitig die Ausgangsbasis für die Wahlen zum Brandenburger Landtag im Herbst.

Bis Ende Januar 2014 werden wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahlen aufstellen. Gleichzeitig beginnen wir mit der Erarbeitung des Landtagswahlprogramms auf Basis unseres Leitbildes. Hierzu wollen wir im Februar eine Wahlprogrammwerkstatt durchführen, bei der wir die Grundzüge unseres Programms und die bereits absehbaren Konflikte diskutieren und die Schlüsselprojekte für die kommende Wahlperiode definieren. Der Wahlprogrammentwurf wird im März 2014 vorgelegt, bei den Frühjahrsregionalkonferenzen diskutiert und im Juni 2014 beschlossen.

Im Februar 2014 wird die Bundespartei die Liste für die Europawahlen aufstellen. Als Brandenburger Landesverband werden wir uns dafür einsetzen, dass die aussichtsreichen Listenplätze politisch und regional ausgewogen besetzt werden. Wir wollen damit gemeinsam mit vielen anderen Akteuren unserer Partei für eine arbeitsfähige und politisch wirkungsvolle LINKE im Europaparlament wirken. Wir werden im November 2013 entscheiden, welche/n Kandidaten/in wird als Brandenburger Landesverband besonders bei der Kandidatur unterstützen.

Bis März 2014 wollen wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen aufstellen. Die Landespartei bittet das „kommunalpolitische forum“ ein Schulungswochenende am 29. und 30. März 2014 für Kandidierende zur Kommunalwahl zu erarbeiten und durchzuführen. Die Kreisverbände wirken darauf hin, dass ihre KandidatInnen dieses Angebot nutzen.

(Aus: Beschluss der 3. Tagung des 3. Landesparteitages am 19.10.2013 zur Auswertung der Bundestagswahlen und zu Aufgaben in Vorbereitung der Wahlen 2014)

Willy Brandt geboren

1913

Willy Brandt wurde am 18. Dezember 1913 in Lübeck geboren. Seine Mutter war zum Zeitpunkt seiner Geburt erst 19 Jahre alt, sie arbeitete in Lübeck als Verkäuferin. Im Alter von nur 16 Jahren trat Willy Brandt, dessen Geburtsname Herbert Karl Frahm lautete, der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) bei. Nur kurze Zeit später wurde er Mitglied in der SPD.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nahm Herbert Karl Frahm den Namen Willy Brandt an. Unter dem Schutz seines Decknamens gelang ihm 1933 über Dänemark die Flucht nach Norwegen. Willy Brandt arbeitete in Oslo als Journalist und war auch politisch weiterhin aktiv. Im Spanischen Bürgerkrieg ging er als Korrespondent nach Barcelona. Willy Brandt geriet nach der Besetzung Norwegens in deutsche Kriegsgefangenschaft, seine wahre Identität und Herkunft wurde jedoch nicht erkannt, und er konnte nach Schweden fliehen, wo er die norwegische Staatsbürgerschaft erhielt.

Mit Kriegsende 1945 reiste er nach Deutschland, um über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zu berichten. Als Besitzer eines norwegischen Diplomatenpasses kam Brandt dann 1946 nach Berlin, wo er als Presseattaché der norwegischen Militärmission arbeitete. Ende des Jahres 1947 ließ er sich wieder unter dem Namen Willy Brandt in Deutschland einbürgern und übernahm 1948 die Leitung des Berliner Verbindungsbüros des SPD-Vorstandes. Ab 1949 wurde er als Abgeordneter in den Bundestag, sowie zum SPD-Kreisvorsitzenden in Berlin-Wilmersdorf gewählt. Am 11. Januar 1955 wurde Willy Brandt Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses.


Kniefall in Warschau – 7. Dezember 1971. willy.brandt.de

Willy Brandt wurde am 3. Oktober 1957 Regierender Bürgermeister von West-Berlin, außerdem war er seit 1958 Landesvorsitzender der Berliner SPD. In den Jahren 1961 und 1965 ist er dann als Kanzlerkandidat der SPD gescheitert. Als 1966 die Bonner Regierungskoalition aus CDU und SPD gebildet wurde, verließ Brandt Berlin, um als Außenminister und Vizekanzler Mitglied der Bundesregierung zu werden. Die SPD gewann 1969 die Bundestagswahlen, und Willy Brandt wurde Bundeskanzler in einer Koalition aus SPD und FDP. Brandt erhielt so Gelegenheit, seine als Regierender Bürgermeister begonnene Ostpolitik nach dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“ weiter zu gestalten und zu vertiefen. Drei Monate nach Verabschiedung des Viermächteabkommens über Berlin im September 1971 nahm Willy Brandt als Würdigung seiner Entspannungspolitik den Friedensnobelpreis entgegen. 1974 wurde dann ein enger Mitarbeiter Brandts, Günter Guillaume, als DDR-Spion enttarnt. Willy Brandt trat in Folge dieses Vorfalls schließlich im Mai 1974 als Bundeskanzler zurück. 1976 wurde er zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale gewählt, im Dezember desselben Jahres übernahm er auch den Vorsitz der auf Initiative der Weltbank eingesetzten „Nord-Süd-Kommission“. Ab 1987 war er außerdem Ehrenvorsitzender seiner Partei. Als späte Bestätigung der Politik Brandts gelten der Mauerfall 1989 und die deutsche Wiedervereinigung. In diesem Zusammenhang ist der Satz Brandts, „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ berühmt geworden. Am 8. Oktober 1992 erlag Willy Brandt in Unkel bei Bonn einem Krebsleiden.

„Affäre Blum“ im Kino, Regie: Erich Engel

1948

Der DEFA-Film hat am 3. Dezember Premiere. Der Inhalt: Der jüdische Fabrikant Jacob Blum (Kurt Ehrhardt) wird aufgrund einer Aussage des Ganoven Gabler (Hans-Christian Blech) wegen Mordes an seinem Buchhalter verhaftet. Für den antisemitischen Untersuchungsrichter (Paul Bildt) ist der Fall klar. Nur ein Jude kann der Täter sein. Weder Entlastungsbeweise noch die eindeutige Spur, die zu Gabler selbst führt, kann ihn umstimmen, bis es Kommissar Bonte (Alfred Schieske), von Blums Freunden aus Berlin geholt, gelingt, den wahren Täter mit Hilfe dessen Freundin zu überführen. Der Justiz bleibt nur noch, den skandalösen Fall tot zu schweigen.



Die Handlung greift einen Fall auf, der sich zu Zeiten der Weimarer Republik, im Jahr 1929, in Magdeburg tatsächlich ereignete. Affäre Blum ist in der internationalen Filmgeschichte bemerkenswert als Film, der in der direkten Nachkriegszeit die tradierten Wurzeln des Antisemitismus bloßlegt und die verhängnisvollen Mechanismen von Rassenwahn schlüssig beschreibt. Der Film ist die erste DEFA-Produktion, die den Antisemitismus als Konsequenz, als Eskalation einer Entwicklung zeigt die keineswegs erst 1933 begonnen hatte.

Eingaben vor Ort geklärt

1963

Die „MV“ informiert am 10. Dezember darüber, dass die Abgeordneten der Volkskammer der DDR Kurt Seibt, 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam der SED, Friedrich Kind, Vorsitzender des Bezirksvorstandes Potsdam der CDU, sowie weitere Funktionäre sich an Ort und Stelle über die Abarbeitung von Eingaben bei Potsdamer Bürgern informieren. Sie wollen damit eine Arbeitsmethode, die sich vor der Wahl bewährt hat, weiterführen.

„Überall, wo unsere Abgeordneten zu Besuch waren, kam es zu lebhaften Gesprächen“, berichtet die „MV“. Besucht werden u.a. Charlotte Fähnrich und Frieda Paul. Kurt Seibt ist bei Frau Neukam, die keinen Strom und Löcher in den Wänden hat - er ordnet an, dass sofort eine Notleitung gelegt wird.

-rt

Schule und Kindergarten in Babelsberg

1963

Die Timur-Trupps der Bruno-H.-Bürgel-Schule nehmen im Dezember wieder ihre Arbeit zur winterlichen Betreuung von Rentnern auf; den Trupps gehören 80 Junge Pioniere an; Renate Lüst und Regina Gudd aus der Klasse 7a versorgen wieder die Rentnerin Wierzoch in der Karl-Liebknecht-Straße. Am 22. Dezember wird die Kindereisenbahn im Kindergarten des VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg eingeweiht. Es handelt sich um eine kleine Diesellok mit zwei Anhängern. Ingenieur Rudolf Osterland, verantwortlich für den polytechnischen Unterricht im Betrieb, hat diese Anlage entworfen; ihr Wert beträgt ca. 20.000,- DM. Die Schule 17 übernimmt die Patenschaft über das Objekt.

Na dann: HELAU!

Das Rathaus erlebte eine „feindliche Übernahme“: Gleich drei Potsdamer Karnevalsvereine – der CC „RotWeiß“ von Groß Glienicke, der PKC und der Verein „Narrenschiff“ - stürmten am 11.11. das Rathaus. Die rund 30 „ausgewiesenen Narren“ nahmen wieder das Zepter in die Hand und schnappten sich den Rathausschlüssel (FOTO) vom Oberbürgermeister. In einer Tageszeitung hatte man gar die Aktion mit der Überschrift: „Jakobs gibt die Macht im Rathaus ab!“ vermeldet. Das stimmte natürlich nicht... Es hatte nur die „fünfte Jahreszeit“ auch für die Stadt links und rechts der Langen Brücke begonnen. Helau, alaaf, trallala und weiß der Kuckuck, wie die Schlachtrufe dieser Narren auch heißen: Die Jecken schlagen jedenfalls in der Landeshauptstadt bis zum Aschermittwoch zu. Und das geht im nächsten Jahr sogar bis Anfang März!

Ein Problem gab's nun doch: Am 11.11. wollten die sich selbst ganz offen und ehrlich als Narren bezeichnenden MitbürgerInnen neben dem Schlüssel auch die Rathauskasse holen. Fragt sich nur, was sie mit letzterer wollen. In der Regel ist das Ding eh leer. Und aktuell ganz besonders. Wurden doch justament in diesem Rathaus sowohl die Tourismus- und als auch die Bettensteuer abgelehnt. Eine Million EURonen Miese – eigentlich gedacht für die Pflege des Schlossparks Sanssouci - sind also offen in „Potztupimi“. Und für das „Wahlvolk“ droht der Parkeintritt... Viel Stoff also für viele, viele Büttenreden. Na dann: HELAU! *Bernd Martin*



Weiße Flotte, Tourismusabgabe und Bettensteuer

Wieder einmal hat die Stadtverordnetenversammlung eine Entscheidung zum Neubau der Weißen Flotte getroffen, über den schon seit 2006 diskutiert wird. DIE LINKE hat sich seit 2006 für diesen Neubau eingesetzt, mit dem die Weiße Flotte gestärkt wird als Aushängeschild und wichtiger Faktor des Potsdamer Tourismus sowie als Unternehmen, das viele Arbeitsplätze sichert. Eine Mehrheit der Stadtverordneten ist in der Novembersitzung unserem Antrag gefolgt, dass die Flotte am Fuß des „Mercure“ bauen darf. Wir greifen damit auf einen Beschluss zurück, der 2010 schon einmal gefasst wurde. Dessen Umsetzung ist gescheitert, weil der Oberbürgermeister die Pläne Hasso Plattners zum Bau einer Kunsthalle zum Vehikel für den Abriss des „Mercure“ machen wollte. Deshalb wurden die Vertreter der Flotte überzeugt, einen anderen Standort, den am Neptunbecken, als Lösung zu akzeptieren. Der Oberbürgermeister sagte dafür volle Unterstützung und einen finanziellen Ausgleich zu. Dieser Platz erwies sich jedoch aus urheberrechtlichen Gründen als nicht durchsetzbar, obwohl die Stadtverordneten Anfang dieses Jahres dafür gestimmt hatten. Insofern war es logische Folge, dass die Linksfraktion auf den Beschluss von 2010 zurück kam. Schließlich entsteht die Kunsthalle nicht auf der Fläche des „Mercure“, sondern sie wird im Neubau des Palais Barberini untergebracht sein. Das von der Initiative „Rettet den Lustgarten“ vertretene Konzept einer möglichst originalgetreuen Wiederherstellung des Lustgartens hat keinen Platz für die Weiße Flotte. Der vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Platz am Bahndamm verbannt die Weiße Flotte faktisch in den Hinterhof des Lustgartens. Dieser Vorschlag fand keine Mehrheit.

Im Juni hat die SVV eine Vereinbarung mit der Schlösserstiftung beschlossen, nach der ab 2014 für fünf Jahre jährlich eine Million Euro an die Stiftung gezahlt wird. Im Gegenzug verzichtet die Stiftung darauf, ab 2014 einen Eintritt für den Park Sanssouci zu erheben. Eigentlich sollte in diesem Zusammenhang auch die Erhebung eines Tourismusbeitrags für Unternehmen in Potsdam beschlossen werden, die vom Tourismus profitieren. Etwa 2 Millionen Euro sollten damit erzielt werden. Daraus wurde jedoch nichts, weil die SPD-Fraktion wenige Tage zuvor mit ihren Kooperationspartnern beschlossen hatte, nicht die Tourismusabgabe, sondern eine Bettensteuer für Übernachtungsgäste zu erheben. Damit war die ohnehin schwierige Diskussion um die Tourismusabgabe erst einmal beendet, da es mit dem Ausstieg der SPD keine Mehrheit mehr gab. Die Linksfraktion unterstützt die Tourismusabgabe unter der Voraussetzung, dass sie im Gespräch mit den Verbänden abgeändert und akzeptabler gemacht wird. Für uns ist die Bettensteuer eine Sackgasse. Das bestätigte sich auch in einem Hearing mit Tourismusvertretern aus der gesamten Bundesrepublik. Jetzt haben die Stadtverordneten sowohl den Tourismusbeitrag als auch eine Bettensteuer abgelehnt. Auch der Vorschlag der Linksfraktion, mit den Verbänden über einen freiwilligen Tourismusbeitrag zu sprechen, fand keine Mehrheit, wobei solche Gespräche jetzt doch aufgenommen werden sollen. DIE LINKE hält daran fest, dass es keinen Parkeintritt geben darf. Ich bin sicher, dass es eine entsprechende Lösung gibt, ohne die Vereinbarung mit der Stiftung rückabzuwickeln oder mit einer Haushaltssperre andere freiwillige Aufgaben zu kürzen. *HJS*

„Highnoon“ und Rathauskooperation

Die aktuellen Diskussionen um die Potsdamer Rathauskooperation erwecken den Eindruck einer schweren Krise, von der Wohl und Wehe der Stadt abhängen. Irgendwie liegt ein Hauch von Highnoon über Potsdam. Aber keine Sorge. Das Ganze hat eher etwas von Politkabarett an sich, das leider immer mehr um sich greift.

Denn die Rathauskooperation hat eigentlich schon 2010 mit der Wiederwahl des Oberbürgermeisters ihren wichtigsten Zweck erfüllt. Was soll denn damit bewirkt werden, dass sich die Kooperationspartner in den letzten Monaten vor der Neuwahl noch einmal zusammenreißen? Das Schulentwicklungsprogramm kann es sicher nicht sein, denn für eine solche Schwerpunktsetzung hat die LINKE lange genug gekämpft. Die Mehrheiten dürften also sicher sein, es sei denn die SPD traut sich selbst nicht. Auch bezüglich des Parkeintritts reicht es doch schon aus, dass die SPD-Fraktion ihren Fehler einsieht und sich von der Bettensteuer verabschiedet. Zur Weißen Flotte ist eine Entscheidung getroffen worden, die hoffentlich nicht schon wieder in Frage gestellt wird.

Letztlich ist die Rathauskooperation doch nur ein Hindernis dafür gewesen, fraktionsübergreifend nach besten Lösungen für die Stadt zu suchen. Anstatt das untaugliche Bündnis auffrischen zu wollen, sollten die von der Linksfraktion angestrebten wechselnden Mehrheiten, die eigentlich schon wirken, praktiziert werden.

Egal wie die „Rathauskrise“ bewältigt wird: Die Potsdamer können sich darauf verlassen, dass sich DIE LINKE weiter als konstruktive und kritische Kraft um die Probleme der Stadt und ihrer Einwohner kümmern wird.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Neue Bewohnerparkbereiche

Zum 4. November diesen Jahres wurde der Bewohnerparkbereich 220 auf die Albert-Einstein-Straße und die Straße Am Brauhausberg ausgedehnt. Das Parken in den entsprechend ausgeschilderten Bereichen ist dann mittels Bewohnerparkausweis oder über die Entrichtung einer Parkgebühr am Parkscheinautomat möglich.

Darüber hinaus wurde zum 11. November diesen Jahres der Bewohnerparkbereich 100 auf die Eisenhartstraße (zwischen Bertha-von-Suttner-Straße und Alleestraße) und die Hebbelstraße (zwischen Bertha-von-Suttner-Straße und Am Neuen Garten) erweitert.

Die erforderlichen Bewohnerparkausweise können im Bürgerservicecenter, in der Friedrich-Ebert-Str. 79/81, oder in der KfZ-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde, in der Helene-Lange-Str. 14, zu den jeweiligen Öffnungszeiten beantragt und im Regelfall auch sofort mitgenommen werden.

Es besteht auch die Möglichkeit, vorab einen Termin auf www.potsdam.de unter der Rubrik Dienstleistungen zu vereinbaren. Der Antrag für einen Bewohnerparkausweis kann ebenso online unter dem Punkt „Bewohnerparken-online“ gestellt werden.

Eine Übersicht zu den Parkmöglichkeiten mit Bewohnerparkberechtigung ist unter www.mobil-potsdam.de/parken abrufbar.

Endlich – eine tolle Nestschaukel am Schlaatz

Am 7.11.2013 war es endlich soweit! Die große Nestschaukel auf gelbem Sandbett konnte von den Kindern im Asylbewerberheim erobert werden.

Lange hatten die Mädchen und Jungen auf dieses Prachtexemplar warten müssen. Aber die rund 5.000,00 Euro dafür waren auch nicht so schnell allein durch Spenden aufzutreiben!

Frau Christiane Wahl, die Leiterin des Heimes, dankt deshalb auch herzlich allen Spendern aus den Reihen der Potsdamer LINKEN, die auf den Kreisparteitagen 2011 und 2012 über 600,00 Euro gesammelt und jeweils in der Vorweihnachtszeit der Heimleitung überreicht hatten.

Möge dieses schöne Spiel- und Sportgerät den Kindern recht lange viel Freude bereiten!

Unser Foto: Der kleine Adam nutzt die Gelegenheit – die Schaukel ganz für sich alleine...



Verstetigungskonzept Schlaatz

Der Stadtteil am Schlaatz entstand 1980-1987 im Süden von Potsdam. 15.000 Menschen sollten hier ihr neues Zuhause finden.

1991 lebten etwa 13.000 Menschen Am Schlaatz. Bereits 1992 begann der Schlaatz erheblich an Einwohnern zu verlieren. Die stetig ansteigende Fluktuation fand 1998/1999 ihren Höhepunkt. Die Abwanderung konnte zwar durch Zuzüge kompensiert werden, machte aber deutlich, dass sich die Menschen hier nicht zu Hause fühlten. Es gab dringenden Handlungsbedarf.

Mitte der 90er Jahre wurde über Förderprogramme damit begonnen, das Wohnumfeld zu verbessern; Grün- und Spielflächen wurden aufgewertet, entstanden zum Teil neue Straßen, Gehwege wurden erneuert, das Stadtteilzentrum umgestaltet, Kitas und Schulen saniert, usw.

Nach diesen vorrangig investiven Maßnahmen wurde 2000 über das Förderprogramm ZIS2000 damit begonnen, am Image des Stadtteils zu arbeiten. Auch hier ging es um die weitere Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen, aber auch um Bemühungen, das Miteinander der Bewohner zu gestalten, die Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu verbessern, um mehr aktive Mitwirkung der Bewohner selbst bei der Stadtteilentwicklung, um die Vernetzung der Akteure und um den zielgerichteten Auf- und Ausbau von Angeboten, die auf die Interessen und Bedürfnisse der Bewohner ausgerichtet waren. Es entstanden feste Netzwerke, wie die Allianz am Schlaatz, mit der Kirche im Kiez, dem Integrationsgarten, dem Verein soziale Stadt, dem Bürgerhaus am Schlaatz, dem Friedrich-Reinsch-Haus (Haus der Generationen und Kulturen) dem Familienzentrum der Diakonie und dem Stadtteilmanagement Stadtkontor. Es gibt den Statteilrat und den Arbeitskreis Stadtspuren, in dem die Wohnungsunternehmen zusammen gefunden haben. Und es gibt aktive Schlaatzer Bürgerinnen und Bürger. Sie alle gemeinsam engagieren sich für eine nachhaltige Entwicklung ihres Stadtteils, wenn auch oft „nur“ projekt- und themenbezogen.

Es hat sich also viel getan dank dieser Akteure und mit Hilfe der Förderprogramme. Letztere wird es aber ab 2015 nicht mehr geben.

Damit steht die Aufgabe darüber nachzudenken, wie das Geschaffene erhalten und auch ohne Fördermittel ausgestaltet werden kann. Antwort auf diese Frage soll das sich im Entstehen befindliche „Verstetigungskonzept – Potsdam Am Schlaatz“ geben.

Bisher liegt eine gute Stärken-/Schwächen-Analyse vor, die neben Chancen für die Entwicklung auch Risiken aufzeigt. Einig sind sich die Akteure vor Ort weitestgehend über das Leitbild und die Entwicklungsziele des Stadtteils. Ausgewiesen sind auch die Zielgruppen der künftigen Stadtteilarbeit, wie Jugendliche und junge Erwachsene, junge Familien mit Kindern, Senioren, Menschen mit Migrationshintergrund (14 % der Bewohner sowie Bewohner des Flüchtlingswohnheimes), Arbeitslose und Hartz-IV-Betroffene.

Die für diese Zielgruppen formulierten spezifischen Ziele und Maßnahmen müssen noch konkretisiert und mit konkreten Verantwortlichkeiten versehen werden.

Als Problem steht die Finanzierung der Maßnahmen im Raum. Hierzu ist im Konzept ganz klar ausgewiesen, was getan werden muss. Nicht klar hingegen ist, ob die dafür notwendigen Gelder auch wirklich zur Verfügung stehen werden. Hier bedarf es einer engen Abstimmung zwischen den im Stadtteil Aktiven und der Stadtverwaltung, um Verlässlichkeit zu schaffen.

Verlässlich ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände, Einrichtungen, Wohnungsunternehmen u. v. m. auch weiter dafür engagieren werden, den Schlaatz zu einem Wohlfühl-Zuhause auszugestalten.

Ich bin sicher: Alle, die dieses Ziel verfolgen, haben verstanden, dass das vor allem mit einem noch Mehr an Eigenverantwortung gelingen kann. *-sim*

RLS-Gesprächskreis Stadtpolitik tagte

Unter der Schirmherrschaft der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) trafen sich im April dieses Jahres in Leipzig stadtpolitisch Interessierte und Bewegte, kritische Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen zur Gründung eines GESPRÄCHSKREISES STADTPOLITIK, im Oktober nochmals in Hamburg. Beide Treffen fokussierten sich auf dessen Inhalte und Arbeitsstrukturen, anfänglich Ideen sammelnd, in Hamburg sich auf die wesentlichen Perspektiven konzentrierend. Gibt es sozialverträgliche Aufwertung? Was ist die Verantwortung bzw. der Anspruch der Wohnungsbaugesellschaften? Erreichen städtische Leitbilder ihre Intentionen? Gemeineigentum als Modell zwischen Verstaatlichung und Privatisierung? Was kann der Mehrwert der Erfahrungen der Kollektive für schrumpfende Städte oder mittelgroße Städte sein? Welche Flächenpolitik verfolgen wir? Wie geht man mit Leerstand um? ... und vieles mehr.

2014 werden wir im thüringischen Suhl und in der Bankenmetropole Frankfurt am Main zusammenkommen. Erstes Treffen befasst sich mit der Re-Kommunalisierung im städtischen Kontext mit den Sektoren Energie und Wohnen, das zweite mit linken Alternativen der „Global City“.

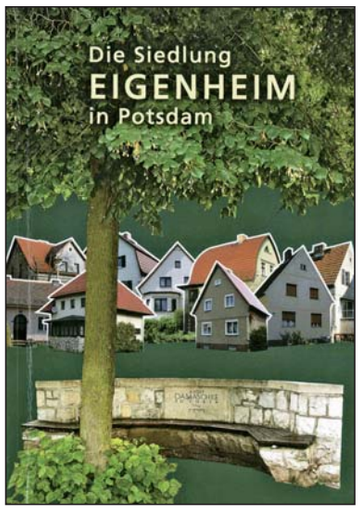
Steffen Pfrogner
Gesprächskreis STADTPOLITIK

„Die Siedlung EIGENHEIM in Potsdam“

Vom Wandel eines Zeitzeugnisses der Bodenreformbewegung um Adolf Damaschke

Die Siedlung Eigenheim entstand ab 1922 in wirtschaftlicher Krisenzeit auf 273 Parzellen am Stadtrand von Potsdam. „Kleine Leute“ schufen sich als Mitglieder des Bundes Deutscher Bodenreformer ihr Heim auf eigener Scholle zur Selbstversorgung. Der Vorsitzende des Bundes, der seinerzeit sehr populäre Sozialreformer Dr. Adolf Damaschke, hatte sich für die Siedlung eingesetzt. So gab die Stadt Potsdam das Bauland zu günstigen Bedingungen ab. Erstmals wird die Siedlungsgeschichte von den AutorInnen Waldtraut Schmidt, Jörg Bernatzki, Reinhard Gassong, Harry Kluge und Ursula Stark ausführlich dargestellt.

Nach den beiden schnell vergriffenen Auflagen des kürzlich erschienenen Buches „Die Siedlung Eigenheim in Potsdam“ ist nun eine dritte in Sicht. Ergebnisse einer langwierigen Spurensuche nach Anfängen und Entwicklung dieses Wohngebietes erwarten den Leser. Der Untertitel des Buches „Vom Wandel eines Zeitzeugnisses der Bodenreformbewegung um Adolf Damaschke“ weist auf die Spezifik des Siedlungsbeginns um 1921/22 hin: die Bekämpfung von Bodenspekulation. Die Entwicklung der sozialen Verhältnisse wird u.a. aus der Sicht des Baugeschehens einschließlich des durch die Siedler organisierten und selbst ausgeführten Straßenbaus, der Schule und der Kindergärten sowie der Auferstehungsgemeinde geschildert. Auch über das Alltagsleben der Siedler ist Manches zu erfahren. Berücksichtigt wird, wie jeweilige zeithistorische Verhältnisse (Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Krieg, Nachkriegs- und DDR-Bedingungen) auf das Siedlerleben wirkten. Vorgestellt und gewürdigt werden Persönlichkeiten, die Entstehen und Wachsen der Siedlung und der sich bildenden Solidargemeinschaft vielfältig förderten und verteidigten. Der Text wird ergänzt und illustriert durch mehr als 350 Abbildungen und Faksimiles.



„Die Siedlung Eigenheimheim in Potsdam“ 236 Seiten, Preis Euro 15.- ISBN 978-3-923830-82-4. Erschienen im Verlag für Druckgrafik Hans Gieselmann, Nuthetal

„Bisamkiez“ geschlossen – DIE LINKE bleibt dran!

Über 30 Schlaatzerinnen und Schlaatzer waren am 11.04.2013 der Einladung von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg zu einer Informationsveranstaltung gefolgt (siehe „PaS“ vom Mai 2013). Mit großer Spannung aber auch skeptisch nahmen sie die Ausführungen von REWE- Manager Dieter Rauh und Projektentwickler Daniel Egenter zu dem Bauvorhaben Neuer REWE-Markt am Schilfhof auf. Scharfenberg, Rauh und Egenter konnten übereinstimmend vom unmittelbar bevorstehenden Baustart für die Halle im Zentrum des Schlaatzes berichten. Ein Erfolg also.



Die geäußerte Sorge, dass die Kaufhalle am „Bisamkiez“ dann geschlossen werde, konnte der REWE-Manager den Anwohnern erst einmal nehmen. Auch dieser Markt werde zunächst weiter betrieben, so Rauh im April 2013. REWE werde die Umsätze und Kundenströme genau beobachten und dann entscheiden. Eine Garantie für den Erhalt auf Dauer gebe er nicht. Das war im April der Stand. Nun ist die Halle „Bisamkiez“ quasi parallel zur Neu-Eröffnung der „Schilfhof“-Halle doch geschlossen worden. Damit eröffnen sich jedoch neue Probleme für die unmittelbaren Anwohner. Wie wir aus der Fraktion der LINKEN in der SVV erfahren haben, gibt es bereits Gespräche mit den Verantwortlichen, möglichen Nachnutzern. Das Ziel müsse sein, so Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, für den „Bisamkiez“ eine Lösung zu finden, um auch dort die Nahversorgung, wie auch immer, absichern zu können.

Die Kommission

„Enquete in Brandenburg – ein Zeitalter wird besichtigt“/2., korrigierte und erweiterte Auflage

Brandenburgs Enquetekommission 5/1 erhitzt die Gemüter. Um die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit wird gestritten. Ist diese Debatte 20 Jahre nach dem Ende des sozialistischen Staates auf deutschem Boden notwendig? Ist sie ein Gewinn für die politische Kultur des Bundeslandes Brandenburg? Oder ist sie ein politisches Manöver, um von wirklichen Problemen und Versäumnissen abzulenken?

„Matthias Krauß wagt als Nichtparlamentarier einen durchaus unabhängigen Blick auf das Geschehen. Dieses Buch zeigt das andauernde Gerangel um die Deutungshoheit bei den Themen Stasivergangenheit, Gerechtigkeit sowie bei der Suche nach der unfehlbaren Wahrheit“ - Gunter Fritsch, Präsident des Landtages Brandenburg.

Matthias Krauß „Die Kommission. Enquete in Brandenburg – ein Zeitalter wird besichtigt“ ist unter ISBN 978-3-941880-72-6 im Verlag „WeltTrends“, Medienhaus Babelsberg, August-Bebel- Str. 26-53, 14482 Potsdam, erschienen. Preis: 14,90EUR. Bestellung per Fax: 0331 / 977 46 96, Mail: bestellung@welttrends.de oder postalisch.



Waldstadt II:

Bauantrag noch nicht komplett

Nahversorgung zum Teufelssee 8 noch nicht sicher?!

Die Bürgerinitiative „Pro Nahversorgung Zum Teufelssee 8“ und der Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung der Landeshauptstadt Potsdam hatten am 12. Juni dieses Jahres zur öffentlichen Informationsveranstaltung eingeladen. Vorgestellt wurde das Projekt der Neubebauung des Grundstückes Zum Teufelssee 8 in der Waldstadt II, am Standort des ehemaligen Edeka-Marktes. Die Firmengruppe Semmelhaack hat auf Anregung der Bürgerinitiative ihr ursprüngliches Konzept verändert. Geplant ist nun der Bau von seniorengerechten Wohnungen sowie einem Nahversorger im Erdgeschoss. Die Firma Kaiser's Tengelmann würde Betreiber werden.

Am Rande wurde deutlich, dass es noch Hürden gibt, bautechnische, der Handelsfunktion dienliche, die Kosten des Investors jedoch erhöhende. Ohne etwas Genaueres und im Glauben, es wird schon werden, gingen wir alle nach Hause.

Jüngst in einer Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung stellte die Verwaltung Auszüge aus den Bauantragsunterlagen vor. Denen war ein mehrgeschossiges Wohngebäude mit einen Nahversorgungsmarkt im Erdgeschoss zu entnehmen. Das konnte man an einer sehr zeitgemäßen, klaren und geschosshohen Werbung für ein bekanntes Einzelhandelsunternehmen erkennen.

In der darauffolgenden Stadtverordnetenversammlung berichtete die Verwaltung auf Anfrage, dass der Bauantrag noch nicht vollständig vorliege. Damit könne die notwendige Ämterbeteiligung und die Bearbeitung des Antrags bisher nicht begonnen werden. Darüber hinaus erklärte der Baubeigeordnete, dass die Antragsteller aufgrund des öffentlichen Interesses an dem Bauvorhaben bereits in einer sogenannten Antragskonferenz von der Bauverwaltung beraten wurden. Leider habe auch dies nicht dazu geführt, dass die notwendigen Unterlagen eingereicht wurden.

Die Bürgerinitiative bleibt weiter dran.

BI Pro Nahversorgung zum Teufelssee 8

Engagement für eine nachhaltige Gesamtplanung

In einer Novembersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen wurde der auszulegende, das ehemalige Plattenwerksgelände umfassende Bebauungsplan Nr. 124 „Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn“ zusammen mit der Entscheidung über die künftige Trassenführung der Wetzlarer Straße vorgestellt. Die neue Trassenführung der umzuverlegenden Heinrich-Mann-Allee, in Verbindung mit der Verlängerung der Wetzlarer Straße und einer Unter- oder Überquerung der Eisenbahnstrecke Wetzlarer Bahn hat jedoch Bedenken erzeugt.

Zusammen mit dem Stadtverordneten Ralf Jäkel hat der Ortsverband das Vorhaben untersucht. Durch die von Ralf Jäkel initiierte Rücküberweisung in die Fachausschüsse ergab sich die Möglichkeit, dort einen Änderungsantrag mit dem Ziel einer Planänderung einzubringen. Ziel ist es, die zu verlängernde Wetzlarer Straße im Plangebiet über eine bereits konzipierte Planstraße zur Heinrich-Mann-Allee weiterzuführen und selbige an die Querung der Eisenbahntrasse anzubinden.

Das gesamtstädtische übergreifende Planungsziel der Neuordnung im Netz der Hauptstraßen wie die Verlängerung der Wetzlarer Straße bis zur Heinrich-Mann-Allee soll mit dem Änderungsantrag nicht gefährdet oder eingeschränkt, sondern vernünftig gesichert werden. Auf dem von der Verwaltung in Höhe des ehemaligen Plattenwerkgeländes konzipierten Trassierungsabschnitt sind in den vergangenen Jahrzehnten etwa 80 sehr großkronige Eichen sowie einige stattliche Kiefern und Birken gewachsen, nicht nur wild sondern auch in planerischer Absicht. Das ist ein ganz bedeutender ökologischer Wert. Fast alle dieser Bäume müssten nach dem Verwaltungsvorschlag für die Errichtung der verlängerten Wetzlarer Straße gefällt werden! Mit dem Änderungsantrag können diese Bäume jedoch nahezu vollständig erhalten werden. Die Gesamtbilanz der nötigen Versiegelung wird erheblich verbessert, weil nicht drei Straßen gebaut werden müssen, sondern nur zwei. Das geplante Wohngebiet und die gewerblichen Bauflächen werden nicht oder nur geringfügig eingeschränkt. Der Immissionsschutz wird gewahrt, die Anordnung der umzusiedelnden Tennisplätze am Humboldt-Gymnasium nicht beeinträchtigt.

Dr. Werner Bethge und Steffen Pfrogner
Ortsverband DIE LINKE. Potsdam-Süd

Gute Tradition:

„Geballte Vitamine“ für die „Tafel“

Es ist seit einigen Jahren eine gute Tradition, dass der Verband der Garten- und Siedlerfreunde (VGS) Potsdam mit dem Obstgut Marquardt in fachlicher Hinsicht zusammen arbeitet. Im Obstgut finden in loser Folge professionelle Schulungen im Obstbaumschnitt für Potsdamer KleingärtnerInnen statt. Diese Veranstaltungen bezahlt der VGS. Und das Obstgut gibt aus dieser Summe Geld für „geballte Vitamine“ – sprich Äpfel und/oder Birnen, die der VGS und das Obstgut dann in der Vorweihnachtszeit für die Potsdamer Tafel spendet. Angeliefert wurden die Früchte am 15. November an den neuen Standort in der Potsdamer Drewitzer Straße, ein Standort, der seine Existenz in großem Maße dem Wirken der Linksfraktion in der SVV verdankt.

Zur Geschichte: Es ist ebenfalls Tradition, dass sich der SVV-Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, oft beim Potsdamer Kreisvorstand des VGS sehen lässt, um die Probleme der Kleingärtner hautnah zu erfahren. Und er hat nach eigener Aussage schon „viel mitnehmen können“ für seine Fraktionsarbeit. Eine gegenseitig befruchtende Zusammenarbeit also im Sinne der Kleingärtner der Landeshauptstadt, meint auch VGS-Kreisgeschäftsführer Friedrich Niehaus. „Schließlich erfahren auch wir oft, wie wir uns als Bürger für unsere Stadt einbringen können“, so Niehaus.


Obstgutchef Manfred Kleinert (r.) und Friedrich Niehaus vom VGS in der kleinen Ausstellung.


Dr. Horst Mittelstädt begrüßte u. a. zur Verkostung den Turbine-Trainer Schröder (l.).


„Hmmm, das riecht gut bei all den Äpfeln“, meinen Brit Meinig und Marion Vogel vom VGS.


Eine halbe Tonnen Birnen und Äpfel konnten Dr. Scharfenberg, Friedrich Niehaus und Manfred Kleinert der Potsdamer Tafel übergeben.

Ende Mai 2008 (!) war Scharfenberg wieder zu Gast in der Paul-Neumann-Straße. Und er hatte ein gewichtiges soziales Anliegen „im Gepäck“: Ernteüberschüsse sollen an Bedürftige gehen.

Dieses Obst könnte doch der Potsdamer Tafel oder gar anderen karitativen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. So weit die damalige Idee und Bitte von Dr. Scharfenberg. Niehaus versprach dann, gemeinsam mit dem VGS-Kreisvorstand zu prüfen, wie ein solches Vorhaben in die Tat umgesetzt werden könnte. „Grundsätzlich ist der Vorschlag positiv bei uns angekommen“, so der Kreisgeschäftsführer.

Gesagt getan – in der Zwischenzeit ist die Idee seit 2008 zur guten Tradition geworden. Und so konnten auch in diesem Jahr wieder die Vitamine von Dr. Scharfenberg, Manfred Kleinert und Friedrich Niehaus an die Bedürftigen verteilt werden.

Weiter führen der VGS und das Obstgut öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durch. So fanden am 26., 27. Oktober 2013 die „Apfel-Probiertage“ statt. Auf einer großen Apfel-, Birnen- und Kartoffel-Sortenausstellung im Obstgut Marquardt sowie in der VGS-Geschäftsstelle in der Babelsberger Paul-Neumann-Straße konnte man/frau sich einen Blick machen über die Vielfalt der Sorten. Und der Pomologe Dr. Horst Mittelstädt brachte viele Besucher auf die verschiedenen Geschmäcker beim Verkosten. Außerdem wurden die Gäste fachlich versiert von Diplomgartenbauingenieur Ulrich Kaiser beraten in Sachen Sortenbestimmung von Äpfeln/Birnen für den eigenen Garten.

Anita Tack startete Online-Konsultation zur Nachhaltigkeitsstrategie

Die Landesregierung wird ihre Politik am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ausrichten. Umweltministerin Anita Tack hat im November in Potsdam den Startschuss zur Online-Konsultation des vorliegenden Entwurfs der Nachhaltigkeitsstrategie gegeben. „Ich lade Brandenburgerinnen und Brandenburger wie auch alle anderen Interessierten ein, ihre Ideen in den Strategieentwurf einzubringen. Denn nur wenn sich viele mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen beteiligen, wird die Strategie lebendig und zukunftsfähig", sagte Tack.

Unter Federführung des Brandenburger Umweltministeriums hat die Landesregierung in den vergangenen Monaten den Entwurf für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie erstellt. In dem nun folgenden Schritt soll diese Fassung mit verschiedenen Interessengruppen sowie mit Bürgerinnen und Bürgern intensiv diskutiert werden. Dazu wird es neben der Online-Konsultation eine Dialogveranstaltung am 6. Dezember 2013 in Potsdam sowie einen Fachworkshop geben.



„Die Nachhaltigkeitsstrategie hilft uns, Chancen und Risiken in der Entwicklung unseres Landes besser zu erkennen", so die Ministerin. „Nur wenn Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir die künftigen Herausforderungen bestehen." Der Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie steht im Internet. Alle Bürgerinnen und Bürgern können über einen Zeitraum von vier Wochen den aktuellen Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie kommentieren und mit ihren Anmerkungen bereichern. Die Online-Konsultation ist über: www.nachhaltig.brandenburg.de zu erreichen.

„Ich umschreibe das Prinzip der Nachhaltigkeit gern mit dem Begriff Enkeltauglichkeit. Dieses Kriterium müssen wir zum Kompass, zum Maßstab und zum Prüfstein unseres Handels machen", erklärte Ministerin Tack.

Der Landtag hatte Ende Januar 2010 die Landesregierung aufgefordert, Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten und einen wissenschaftlichen Beirat zu berufen. In einem ergebnisoffenen, öffentlichen Diskussionsprozess mit zahlreichen Workshops und Veranstaltungen wurde unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz der Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet.

Dieser Entwurf wird jetzt zur Diskussion gestellt. Die Ergebnisse der Dialogphase werden anschließend zusammengeführt und ausgewertet. So soll bis zum Frühjahr 2014 die Endfassung der Landesnachhaltigkeitsstrategie entstehen und von der Landesregierung beschlossen werden. Ziel ist, unter dem Dach der Strategie die gemeinsame Arbeit aller Akteure für ein nachhaltiges Brandenburg zu bündeln und weitere Aktivitäten anzustoßen.

Europäisches Arbeitsrecht

Arbeitsbesuch zwischen Hoffnung und Vision

Es ist höchste Zeit, dem europäischen, vorwiegend an wirtschaftlichen Interessen orientierten Arbeitsmodell ein europäisches Sozialmodell entgegenzustellen, zu dessen wesentlichen Kern auch das Arbeitsrecht gehört. In Weiterführung der internationalen Konferenz zu Fragen eines europäischen Arbeitsrechts im Jahr 2010 gestalteten Mitglieder der tschechischen und deutschen Linken Anfang November diesen Jahres im tschechischen Nova Paka eine zweite Arbeitsrechtskonferenz zum Thema „Braucht Europa einheitliche arbeitsrechtliche Mindeststandards?". Um der Zurückdrängung der sozialen und Arbeitnehmerrechte durch die europäischen Institutionen Einhalt zu gebieten, forderten die Teilnehmer überzeugende Mindeststandards für arbeits- und sozialrechtliche Regelungen auf europäischer Ebene zu definieren. Diese müssen individuell und kollektiv einklagbar sein. „Um Arbeitnehmerschutzrechte wirksam umzusetzen, bedarf es eines neuen Rahmens für das Arbeitsrecht auch auf europäischer Ebene, der nur im Schulterschluss mit den Gewerkschaften durchzusetzen ist.", sagte das Mitglied der Europäischen Linken im Europaparlament Jaromir Kohlicek.



Eine Resolution mit diesen Inhalten geht an den Kongress der Europäischen Linken im Dezember. Die Konferenzteilnehmer, darunter Parlamentarier der Europäischen Linken, tschechische Parlamentsabgeordnete, Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Böhmen und Mähren und des Weltgewerkschaftsbundes beschlossen darüber hinaus, den begonnenen Erfahrungsaustausch weiter zu intensivieren und gemischte Arbeitsgruppen zu bilden.

Dr. Steffen Hultsch
Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitsrecht/Arbeitsgesetzbuch

GLOSSIERT? – Nein, die WAHRHEIT

Deutschland verarmt – Medien, Wirtschaft und Politik jubeln

Im Jahr 2000 lag der Umsatz im Einzelhandel noch bei 411 Milliarden Euro und 2013 wird er (Rekord!) bei 432 Milliarden Euro liegen - er ist also innerhalb von 13 Jahren um 21 Milliarden Euro gestiegen. Das ist ein Anstieg um 5,1 Prozent in 13 Jahren - also ein Anstieg von 0,39 Prozent pro Jahr.

Jetzt verliert aber Geld jedes Jahr (durch die Inflation) an Wert - mal mehr, mal weniger. Destasis (Statistisches Bundesamt) erklärt das folgendermaßen: „Ein Haushalt, der zum Beispiel im Dezember 2001 Waren und Dienstleistungen im Wert von 2 000 Euro kaufte, musste ein Jahr später 23 Euro mehr ausgeben, um die gleichen Güter wie im Dezember 2001 kaufen zu können. Und die Zusatzbelastung steigt von Jahr zu Jahr. Im Dezember 2003 waren es schon monatlich 44 Euro zusätzlich und im November 2011 schließlich musste der Haushalt 332 Euro mehr aufwenden, um die Güter des Warenkorbs von Dezember 2001 kaufen zu können."

Das sind satte 16,6 Prozent Preissteigerung bis 2011. Dem aber stehen nur 5,1 Prozent Gesamtwachstum gegenüber. Und das auch noch bis 2013 gerechnet. Was heißt das fürs Volk? Das hat rund 15 Prozent weniger Ware im Haushalt. Geht diese Entwicklung noch mal 26 Jahre so weiter, ist nur noch die Hälfte im Kühlschrank, ein Auto kann sich kaum noch einer leisten, und auch die neuesten Produkte der Unterhaltungsindustrie werden unerschwinglich werden. Dafür arbeiten aber alle Deutschen 60 Stunden die Woche bis zum 80. Lebensjahr (auch hier mal schon geäußerte Vorschläge der „Wirtschaft" in die Tat umgesetzt).

Wie blöd muss man sein, um das als Erfolgsgeschichte der deutschen Wirtschaft zu schlucken?

Bernd Martin

Aufbau eines Nachbarschafts-netzwerkes für Flüchtlinge

Der Internationale Bund (IB) hat ab Mitte November 2013 ein Bürgerbüro für Fragen rund um die Flüchtlingsunterkunft und Sozialarbeit in Potsdam-West eingerichtet. Ziel der Partner – Internationaler Bund, Stadtteilnetzwerk Potsdam-West und Landeshauptstadt Potsdam – ist eine bürgernahe Information, der Aufbau eines Nachbarschaftsnetzwerkes für die Flüchtlinge sowie der Abbau von möglichen Berührungsängsten und Vorurteilen. In den kommenden Wochen werden etwa 60 Flüchtlinge aus dem zentralen Aufnahmelager aus Eisenhüttenstadt nach Potsdam ziehen. Dafür hat die Landeshauptstadt 20 Wohnungen in verschiedenen Häusern zur Verfügung gestellt. Der Internationale Bund wird die Wohnungen betreiben und die Flüchtlinge vor Ort betreuen.

„Wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Internationalen Bundes (IB), begegnen den ausländischen Flüchtlingen auf Augenhöhe. Nach einem oft langen und entbehrungsreichen Weg möchten diese Flüchtlinge eine neue Heimat finden. Dabei werden wir sie unterstützen", sagte Carol Wiener vom Internationalen Bund. „Ein wichtiger Faktor bei der Integration ist, wie es uns gelingt, die Bewohner des Stadtteiles Potsdam-West sowie die unmittelbaren Wohnungsnachbarn der Flüchtlingsfamilien in die tagtägliche Arbeit einzubeziehen", so Carol Wiener. Die Bewohner werden durch den IB begrüßt, der rund um als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Zudem helfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Erledigungen, die im Zusammenhang mit dem Einzug wichtig sind – Anmeldung im Bürgerservice, Kostenübernahmeschein und mitunter dringende Termine bei der Ausländerbehörde oder Beantragung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Bei der Wahrnehmung dieser Pflichten, bei der Vereinbarung von Terminen und deren Realisierung sowie beim Ausfüllen der Formulare erhalten die neuen Nachbarschaften breite Unterstützung.

In der Informationsstelle in der Haeckelstraße 46, 2. OG rechts, sind Mitarbeiterinnen des IB ab dem12. November, dienstags von 15 bis 18 Uhr sowie freitags von 10 Uhr bis 13 Uhr, erreichbar.

Ortsverband Mitte bereitet Kommunalwahl vor

Der Ortsverband Mitte der Partei DIE LINKE hat seine Mitgliederversammlung am 24.10. erfolgreich absolviert. Die inhaltlichen Schwerpunkte waren die Auswertung der Bundestagswahl sowie die Vorbereitung der Kommunalwahl 2014. Turnusmäßig wurde auch der neue Vorstand des Ortsverbandes gewählt. Hierbei wurden Matthias Lack, Juliane Tietz und Theresa Ruttloff zu den neuen Vorsitzenden gewählt. Mit dieser Wahl soll sich ihre Ausgangsposition und ihr politischer Wirkradius in Vorbereitung auf die kommende Kommunalwahl verbessern. Des weiteren setzt der OV-Mitte auf intensive Vernetzung und Teamarbeit, was sich in der Dreifachspitze des Ortsverbandes auch ganz praktisch nachvollziehen lässt. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Hans-Otto-Träger, Jens Hellmanzik, Thomas Seeliger, Moritz Kirchner.

Für die Kommunalwahlen will sich der Ortsverband der doppelten Herausforderung stellen, dass der neue Wahlkreis sein Wirkungsgebiet umfasst. Und dass die Wahlergebnisse der LINKEN im Potsdamer Norden deutlich ausbaufähig sind. Eine intensivierte Kooperation mit dem Ortsverband Nord wird angestrebt. Der neue Ortsvorstand wird zeitnah die politische Agenda bis zur Kommunalwahl planen. Abschließend der Ortsverbandsvorsitzende Matthias Lack: „Ich freue mich auf die Herausforderung. Vor allem aber freue ich mich auf die Zusammenarbeit. Und ich möchte, dass auch in der Mitte und im Norden von Potsdam DIE LINKE eine stärkere politische Kraft wird".



Beteiligungskultur im Süden Potsdams

Gesamtmitgliederversammlung des Ortverbandes DIE LINKE. Potsdam-Süd

Am Tag unserer Mitgliederversammlung, Sonnabend, 02. November 2013, schrieb Arno Klönne im Neuen Deutschland in der Kolumne „Die SPD wird nicht auf Wunsch wieder links" - über die Folgen einer Großen Koalition, Umbrüche in der Parteienlandschaft und die Diskussion über eine Mehrheit jenseits von Schwarz-Gelb „... Die SPD und die Grünen werden nicht wieder das, was sie um 1990 waren oder zu sein schienen. Ein »linkes Lager« existiert auch als Eventualität nicht, eine »linke Mehrheit« in der politischen Mentalität der Bevölkerung ebenfalls nicht".

Eine treffende Einschätzung im Nachgang zu der nun schon mehrere Wochen zurückliegenden Bundestagswahl, Wochen des parlamentarischen Stillstands und Verhandelns der Zementierung einer verwelkten gesellschaftlichen Ausrichtung in all ihren Facetten; auch eine Einschätzung als Auftakt zum selbstbewussten politischen Widerstand!

Erst herzlichen Dank an Anni und Karl-Heinz Rothkirch von der Bürgerinitiative Waldstadt e. V. für ihre Vor- und Nachbereitungen der Versammlung in den Räumen der Bürgerinitiative. Dank aber auch für die Teilnahme und selbstbewusste Mitwirkung der Ortsverbandsmitglieder bei der Aufstellung von Kommunalwahl-Kandidat_innen als Vorschlag für den Wahlkreis 5. Bisher haben ihre Wahlkreis-Kandidatur erklärt: Günter Glogau, Sascha Krämer, Sigrid Müller, Steffen Pfrogner, Solveig Sudhoff, Stefan Wollenberg, Dittmar Zengerling. Auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes DIE LINKE. Potsdam-Süd am 02. November 2013 stellte der Vorstand seinen, an den Kreisvorstand gerichteten Beschlussantrag vor, im Sinne gleicher Bewerbungsbedingungen an alle auf den Wahlkreislisten der Partei DIE LINKE.Potsdam antretenden Kandidat_innen zur Kommunalwahl 2014 Fragen zu ihrer Motivation und ihrem künftigen Engagement zu richten. Diese Fragestellungen befassen sich konkret mit dem derzeitigen und künftigen Wirken der Kandidat_innen in ihrem Wahlkreis. Der Antrag des Ortsvorstandes mit Fragen an Kommunalwahlkandidat_innen wurde differenziert diskutiert, schlussendlich mit deutlicher Mehrheit unterstützt.

Unser Antrag ist auf der Sitzung des Kreisvorstandes am 07. November diskutiert und mit wenigen Änderungen einstimmig angenommen worden.

Eine von Selbstbehauptung der Parteibasis geprägte Debatte entfaltete sich zur Information über Ambitionen, Unterstützung und demokratiebegründete Widersprüche bei der Aufstellung des künftigen brandenburgischen Landesvorsitzenden der LINKEN. Der Prozess ist nicht abgeschlossen und wird vor allem an der Basis fortgeführt.

Steffen Pfrogner
Sprecher Ortsverband DIE LINKE. Potsdam-Süd

Fragen an Kommunalwahlkandidat_innen 2014

Antrag des Ortsverbandes Potsdam-Süd an den Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam

„Am 25. Mai 2014 findet die Kommunalwahl für den Zeitraum 2014-2019 in Potsdam statt. DIE LINKE.Potsdam will erneut mit einer starken Fraktion in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung die Interessen der Potsdamerinnen und Potsdamer vertreten. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir mit einem politisch, fachlich und zahlenmäßig guten Kandidatenpool in allen 6 Wahlkreisen antreten.

Der Kreisvorstand Potsdam legt allen sich bewerbenden Kandidatinnen und Kandidaten nahe, in ihrer Bewerbung an den Kreisverband Potsdam, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum möchtest Du für DIE LINKE.Potsdam kandidieren?
2. Was verbindet Dich mit Potsdam und dem Wahlkreis, in dem Du kandidieren möchtest?
3. Welche politischen Ziele verbindest Du mit Deiner Kandidatur
   a) für Potsdam und
   b) für Deinen Wahlkreis?
4. Wie möchtest Du Bürgerinnen und Bürger/ Wählerinnen und Wähler in Deine kommunalpolitische Arbeit einbeziehen?

Mit der Einladung zur Wählervertreter_innen-versammlung zur Aufstellung der Listen in den Wahlkreisen I -VI wird ein Kandidatenheft erstellt und versandt, in welchem die bis dahin eingegangenen Bewerbungen Berücksichtigung finden. Der Umfang der Antworten sollte möglichst gering gehalten werden."





Gedenken zum 75. Jahrestag der „Reichspogromnacht“

Am 9. November 2013, dem 75. Jahrestag der sogenannten Reichspogromnacht, versammelten sich Potsdamerinnen und Potsdamer um 18 Uhr am Ort der früheren Synagoge, am Platz der Einheit, zu einer Gedenkstunde, auf der Oberbürgermeister Jann Jakobs, der stellvertretende Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Helmuth Markov, die Pröpstin der Ev. Landeskirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, Friederike von Kirchbach sowie Michail Tkach und Ud Joffe als Vertreter der Jüdischen Gemeinden sprachen.

Vor 75 Jahren wurde in Deutschland aus Unrecht Gesetz und Mord zum Alltag. Auch in Potsdam brachen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 Einheiten der SS und der Gestapo in die Potsdamer Synagoge am Wilhelmplatz ein, entweihten das Gotteshaus und zerstörten die Einrichtung. Zahlreiche Bürger unserer Stadt wurden festgenommen, verschleppt und gefoltert. Der NS-Antisemitismus wurde nach den Novemberpogromen immer gewalttätiger und gipfelte letztlich in dem Versuch, alle Jüd_innen Europas gezielt und umfassend zu ermorden. Fünf Jahre später wurde der letzte in Potsdam lebende Jude Wilhelm Kann nach Theresienstadt deportiert und ermordet. Bis 1945 hatten die Nazis sechs Millionen Jüd_innen ermordet.

Potsdams OB Jann Jakobs bezeichnete daher diesen Jahrestag als Tag der Schande und der Trauer. Und Helmuth Markov mahnte: „Wir brauchen eine Gesellschaft, die sich selbst angegriffen sieht, wenn ein jüdischer Kindergarten, ein türkischer Imbiss, ein Heim für Flüchtlinge angegriffen wird.“

Dem Gedenken an die deutschen NS-Verbrechen auch weiterhin Gehör zu verschaffen sowie Konsequenzen daraus einzufordern, bleibt die wichtigste Aufgabe für alle Antifaschist_innen. Der ehemalige Vizepräsident des Internationalen Buchenwald-Komitees, Emil Carlebach, brachte es anlässlich der Feierlichkeiten zum 50.Jahrestag der Befreiung auf den Punkt: „Zu Frieden und Freiheit aber gehört auch die Tradition des Kampfes gegen den Faschismus, gegen Antisemitismus und Herrenmenschentum. In diesem Kampfe waren wir vereint, in diesem Kampfe bleiben wir vereint.“

Eine linke Dauerdebatte: Die Garnisonkirche

Der Umgang mit der Garnisonkirche spaltet nicht nur die Stadt, sondern es ist auch innerparteilich ein kontroverses Thema. Nicht wenige unserer Mitglieder engagieren sich in der Bürgerinitiative „Keine neue Garnisonkirche“. Auf der anderen Seite gibt es auch die Befürchtung, durch eine totale Ablehnung keinerlei Gestaltungsspielraum zu haben. Als eine dritte Position, welche allerdings manchmal in ihren Konturen noch unscharf ist, wird die Idee eines modernen Versöhnungszentrums eingebracht.

In der Debatte um die Garnisonkirche geht es um mehr: nämlich letztlich das Selbstverständnis, in was für einer Stadt wir leben wollen. In einem Parteitagsbeschluss unserer Partei hieß es, dass wir uns dagegen verwehren, dass Potsdam in preußisches Aspik gepackt wird. Dieser Beschluss zeigt gerade jetzt seine Aktualität. Dass Andrea Wicklein und mit ihr die Sozialdemokratie in der Frage der Garnisonkirche umgefallen ist, war zu erwarten. Dennoch ist damit die Debatte neu eröffnet, alte Antworten müssen hinterfragt und neue gefunden werden.

Es geht bei der Garnisonkirche, und das sollte immer wieder betont werden, nicht nur um die Kirche, die nicht umsonst die Kulisse des „Tages von Potsdam“ wurde. Denn nur in ihrer Gestalt war sie symbolfähig für die Versöhnung von Kirche, alten kaiserlichen Eliten und den neuen Machthabern des faschistischen Regimes. Die Kirche war auch vorher unmittelbar im Spannungsfeld von Macht, Militär und Legitimation durch Religion. Ihre Restauration würde genau dieses Spannungsfeld erneut ausrufen. Und würde unmissverständlich zu verstehen geben, dass der „Geist von Potsdam“ heute offenkundig kein Schreckgespenst mehr darstellt.

Die zentrale Frage ist doch: Muss es wirklich dieses Gotteshaus sein? Gegen Gotteshäuser spricht generell nichts. Gegen Gotteshäuser, die von Anfang an einer inhumanen Ideologie und Legitimation dienten, und damit historisch kontaminiert sind, vieles. Und es stellt sich auch die Frage, was es hier überhaupt mit zu entscheiden gibt.

Meines Erachtens ist die LINKE gut beraten, gerade vor den Kommunalwahlen, ein klares Zeichen gegen den Wiederaufbau genau dieser Kirche zu setzen. *-moki*

Künstlerinnen und Künstler für offenen Atelier-Tag gesucht

Der nächste „Tag der offenen Ateliers“ in der Landeshauptstadt Potsdam wird am 4. Mai 2014 stattfinden. Dazu lädt die Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, Dr. Iris Jana Magdowski, die Künstlerinnen und Künstler erneut zur Teilnahme ein, um die Arbeiten und Ateliers erneut einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Bildende Künstlerinnen und Künstler verwirklichen seit mehr als 15 Jahren den beliebten „Tag der offenen Ateliers“ und bieten damit inspirierende Einblicke in hiesige Werkstätten der Kunst. In diesem Jahr hatten sich über 50 Künstlerinnen und Künstler vielfältiger Ausrichtung – ob Malerei, Fotografie oder Actionpainting - sich und ihre Arbeit vorgestellt.

Organisatorisch wird die jährliche Veranstaltung vom Fachbereich Kultur und Museum der Landeshauptstadt begleitet und findet in Kooperation mit dem Verein Kulturland Brandenburg statt. Der Verein Kulturland koordiniert die landesweit übergreifenden und parallel stattfindenden „Offenen Ateliers“ in Brandenburg.

Alle Bildenden Künstlerinnen und Künstler, die ihre Ateliers für Besucher am 4. Mai 2014 öffnen möchten, werden herzlich um Anmeldung beim Fachbereich Kultur und Museum der Landeshauptstadt gebeten. Wer mit seinem Atelier am 4. Mai 2014 in der Zeit von 11 bis 18 Uhr teilnehmen und sein künstlerisches Schaffen gegebenenfalls mit einem kleinen Programm vorstellen möchte, melde sich bitte bis zum Freitag, dem 6. Dezember 2013, bei inga.petzold@rathaus.potsdam.de an. Die entsprechenden Anmeldeformulare und Kontaktdaten sind auf www.potsdam.de abzurufen.

Weihnachten in Potsdam

Ein blauer Lichterglanz erfüllt Potsdam auch in diesem Jahr mit weihnachtlicher Stimmung in der Brandenburger Straße und auf dem Luisenplatz. Der

Zentrale historische Weihnachtsmarkt

vom 25. November bis zum 29. Dezember mit Märchenbühne und Freilufteisbahn begeistert seit Jahren die ganze Familie.

Nur 400 m vom Schloss Sanssouci entfernt, lädt zur gleichen Zeit das Krongut Bornstedt auch in diesem Jahr wieder zum

Romantischen Weihnachtsmarkt

im historischen Innenhof des UNESCO-Weltkulturerbe-Ensembles ein. In festlich beleuchteten Holzhütten bieten Händler regionale Spezialitäten, Kunsthandwerk, weihnachtliche Accessoires, saisonale Mode, duftende Leckereien und Geschenkideen an. An den Wochenenden wird ein Bühnenprogramm mit Chören, Bläsergruppen und weihnachtlicher Live-Musik dargeboten. Im Potsdamer Zinnfiguren Museum können Besucher eigene Figuren gießen oder mit der historischen Königlichen Münzpresse Münzen prägen lassen. Kinderprogramme auf der Bühne, der Besuch von Weihnachtsmann und Weihnachtsengel, Geschichten in der Märchenhütte sowie das Kinder-Plätzchenbakken in der Königlichen Hofbäckerei erwarten die kleinen Gäste.

„Wie in der Weihnachtsgeschichte beschrieben, machen wir uns auf den Weg zu einem für die einen noch unbekannten für andere auch unwirtlichen Ort. Werden wir die offenen Türen finden? Werden wir miteinander gehen? Werden wir willkommen geheißen und willkommen heißen können? Sind wir auch die Neuen Nachbarschaften?“, so heißt es in der Einladung des Brandenburger Vorstadt e.V. und vom Förderverein Erlöserkindergarten e.V. zum



Illustration: potsdam.de

Nikolausmarkt auf der PLATTE *(Haeckelstraße)*

am 7. Dezember von 13.00 bis 18.00 Uhr. Direkt nebenan ziehen im Dezember etwa 60 Asylsuchende in zwanzig Wohnungen ein. Weiter heißt es in der Einladung: „Rund um die StadtTeilTanne, die noch in der Brandenburger Vorstadt wächst, werden wir vielleicht gemeinsam Antworten auf diese Fragen finden. Auf jeden Fall wird die PLATTE in diesem Jahr auch in der Adventszeit der Begegnungsort für Alte Bekannte und Neue Nachbarn.“

Kunsthandwerk – Kultur – Kulinarisches:

Der Polnische Sternenmarkt *(Bild)*

mit dem kulturellen Sternenfest ist in Potsdam schon zur guten Tradition geworden und lockt auch dieses Jahr vom 13. bis zum 15. Dezember tausende Besucher auf den Kutschstallhof.

Höhepunkt des Sternenfestes ist das Konzert der Mitte mit deutschen und polnischen Folk-Musikern.

Wir wünschen allen PotsdamerInnen und ihren Gästen viel Freude und Besinnlichkeit zu den Festtagen sowie einen „guten Rutsch“ ins neue Jahr 2014!

Der Kreisvorstand/Die Redaktion

SUDOKU

			9			8	5	2
8				2	3			9
			4					
1		8						6
2	9						8	5
6						7		4
					2			
9			5	6				1
4	6	2			8			

Auflösung November

3	**9**	2	5	1	7	8	**4**	**6**
5	**4**	8	**9**	6	**2**	7	**3**	1
7	1	**6**	4	3	8	**2**	9	5
1	**3**	4	8	**7**	9	6	**5**	2
9	6	7	3	2	5	4	1	**8**
2	**8**	5	1	**4**	6	3	**7**	9
6	7	**1**	2	9	3	**5**	8	4
4	**5**	3	**6**	8	**1**	9	**2**	7
8	**2**	9	7	5	4	1	**6**	**3**

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 02.12.2013, 14.30 Uhr:
„Istanbul - Stadt auf zwei Kontinenten“ ein fotografischer Spaziergang durch Istanbul mit Walter Heller. *

Dienstag, 03.12.2013, 17.00 Uhr:
Workshop WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK. Freiheitsbegrenzung im Spannungsfeld von Selbstbestimmung, Eigen- und Fremdgefährdung und psychischer Krankheit. „Menschenwürde und Freiheit in gesellschaftlicher Verantwortung - Freiheitlich-demokratische und ethische Prinzipien im Spannungsfeld der Lebenswirklichkeit“ **

Mittwoch, 04.12.2013, 15.00 bis 19.00 Uhr:
Seminar INTERNATIONALE POLITIK „Russlands neue Ostpolitik“ Meinungen, Potentiale, Perspektiven **

Sonnabend, 07.12.2013, 10.00 – 13.15 Uhr:
Mitgliederversammlung „kommunalpolitisches forum“ (mit Wahl des Vorstandes), Landtag Brandenburg, Raum 137

Sonntag, 08.12.2013, 10.00 Uhr:
Frühschoppen „Rathausreport live“ im Bürgerhaus Am Schlaatz, Schilfhof 28, Stadtteil Schlaatz

Montag, 09.12.2013, 14.30 Uhr:
„Die schönsten Nationalparks - von den Maaren bis zu den Kreidefelsen“ mit Karl Kreutz. Wir durchstreifen die Hoch- und Niedermoore, die Heide- und Waldlandschaften der Eifel. Die prächtigen Wasserschlösser des Münsterlandes scheinen von längst vergangenen Tagen zu träumen. Die Holsteinsche Schweiz bietet ein Kontrastprogramm von sanften Hügeln bis zu magischen Seen an. Noch heute überwältigen die majestätische Ausstrahlung der Kreidefelsen und die malerischen Ausblicke auf der Insel Rügen. *

Dienstag, 10.12.2013, 14.30 Uhr:
„Frohe Weihnacht“- Die Dahlweid Stiftung lädt herzlich ein zur Weihnachtsfeier für ihre ständigen Besucher mit einem literarisch-musikalischen Programm, mit Kaffee und Kuchen, einem Gläschen Wein und kleinen Überraschungen, aber vor allem mit Weihnachtsliedern und festlicher Musik zum Mitsingen und Tanzen. (Anmeldung bitte bis 05.12.2013) *

Donnerstag, 12.12.2013, 18.00 Uhr:
„Die Lage in der Westsahara und die Politik der EU“ – Vortrag/Diskussion **

Freitag, 13.12.2013, 08.00 – 12.00 Uhr:
Ausgabe „Rathausreport“ Nr. 8/2013 bis 18. Dezember 2013, Stadthaus, Raum 3.107

Freitag, 13.12.2013, 10.00 Uhr:
Info-Stände in den Stadtteilen

Sonnabend, 14.12.2013, 10.00 Uhr:
2. Tagung des 4. Kreisparteitages DIE LINKE.Potsdam. Humboldt-Gymnasium, Heinrich-Mann_Allee 103.

Sonnabend, 14.12.2013, 15.00 Uhr:
Wahlkreisversammlung zur Aufstellung von Direktkandidaten für die Wahlkreise 21 und 22 zur Landtagswahl 2014. Humboldtgymnasium.

Dienstag, 17.12.2013, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche: „Das Jahr 2013 - eine Bilanz“. Heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

---

* Seniorentreff der Dahlweidstiftung Zentrum Ost, Edisonallee

** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53